

## **Stichtag 1. Mai**

**Ab dem 1. Mai wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit auf acht weitere EU-Staaten ausgeweitet. Damit gilt sie auch für Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei. Die Bundesrepublik ist laut Ifo-Institut gut auf die Öffnung der Grenzen vorbereitet.**

Mit dem Stichtag 1. Mai brauchen unter den Bürgern der 25 EU-Mitgliedstaaten nur noch Bulgaren und Rumänen eine Arbeitserlaubnis, wenn sie in Deutschland einen Job annehmen. Denn die Arbeitnehmerfreizügigkeit wird auf acht weitere EU-Staaten ausgeweitet. Damit gilt sie nach einer siebenjährigen Übergangszeit auch für Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) sagte: „Schon heute haben viele Branchen mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen, Stellen für qualifizierte Mitarbeiter bleiben unbesetzt.“ Deutschland müsse zum hochattraktiven Standort für ausländische Fachkräfte werden.

Die Bundesrepublik ist laut Ifo-Institut gut auf die Öffnung der Grenzen vorbereitet. Präsident Hans-Werner Sinn sagte dem „Focus“, es gebe einen Wirtschaftsboom wie seit 20 Jahren nicht mehr. „Besser hätte die Konstellation bei der Grenzöffnung gar nicht sein können.“

Sinn geht davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren „Millionen von Migranten“ nach Deutschland kommen, um zu arbeiten. „Ich rechne mit sehr viel mehr Migranten als nur den etwa 140.000 pro Jahr, von denen die Bundesagentur für Arbeit ausgeht“, sagte der Wirtschaftsforscher. Zwar bedeute Zuwanderung im Normalfall sinkende Löhne. „Das Gute jetzt ist, dass wir diesen Normalfall nicht fürchten müssen, weil wir einen so starken Wirtschaftsaufschwung erleben.“

### **IG Metall erwartet Lohndumping in der Leiharbeit**

Die IG Metall erwartet hingegen eine Zunahme von Niedriglöhnen. „Wir befürchten, dass es zunehmend Lohndumping in der Leiharbeit geben wird“, sagte IG-Metall-Vizechef Detlef Wetzel der „WAZ“-Mediengruppe. „Die Zeche könnten vor allem Mittelständler und Handwerksbetriebe zahlen, wenn künftig in Osteuropa angestellte Beschäftigte mit Niedriglöhnen Aufträge in Deutschland erledigen“, erklärte Wetzel.

Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) sagte der „Leipziger Volkszeitung“, Lohnuntergrenzen in vielen Branchen schoben Lohndumping und einem Verdrängungswettbewerb zulasten deutscher Arbeitnehmer einen Riegel vor. Weitere Erleichterungen für Arbeitnehmerzuwanderung lehnte sie ab. „Statt über angeblich zu strenge Regeln zu klagen, sollte die Wirtschaft sich stärker auf die Bedingungen konzentrieren, die sie Spitzenkräften bietet“, sagte sie. Es gebe zu viele befristete Arbeitsverträge.

Die Arbeitsmarktexpertin der Grünen, Beate Müller-Gemmeke, erklärte, die Arbeitnehmer-Freizügigkeit sei nur dann eine Chance, wenn die Rahmenbedingungen stimmten. „Genau diese hat die Bundesregierung aber bisher nicht geschaffen. Sie muss – wie andere europäische Staaten – bei branchenspezifischen Mindestlöhnen und beim gesetzlichen Mindestlohn endlich ihren Fuß von der Bremse nehmen.“